

Zuwanderung und Prosperität

SWR Medienforum 2003

Mit welchen Entwicklungen hat die Stadtregion Stuttgart bis 2030 zu rechnen? Dieser Frage sind unter anderen Prof. Dr. Richard Reschl und Peter Mauch von der Kommunalentwicklung LEG Baden-Württemberg nachgegangen. Sie präsentierten einige ihrer Ergebnisse auf dem "8. Medienforum Migranten bei uns" des Südwestrundfunks. Anlass für das Forschungsvorhaben war der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung ausgeschriebene Ideenwettbewerb "Stadt 2030".



Prof. Dr. Meier-Braun und Prof. Dr. Süssmuth

Professor Reschl fasste seinen Vortrag in der These zusammen, wirtschaftliche Prosperität brauche Zuwanderung. Reschl forderte einen Paradigmenwechsel auf kommunaler Ebene, aber auch in den Ländern und im Bund in den Bereichen Demographie und Migration. Wenn dieser nicht gelinge, drohe man die Zukunft zu verspielen. Die Thesen Reschls sind das Ergebnis zweier Delphi-Befragungen unter 306 Experten sowie unter Kommunal- und Regionalpolitikern. Reschl erklärte, Ausgangspunkt der Forschungsarbeit seien drei zentrale Trends, die die weitere Entwicklung der Städte ganz entscheidend beeinflussen würden: Einmal die demographische Alterung, die Migration und die Gefahr sozialer Segregation. Zentrale Forschungsfrage der Studie sei es daher gewesen, wie die Stadtregion 2030 ihrem Auftrag der sozialen, wirtschaftlichen, räumlichen und funktionalen Integration gerecht werden und die Teilhabe der Bürger gefördert werden könne.

Auch Peter Mauch wies auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Zuwanderung hin. Die Prosperität sei Voraussetzung für die Attraktivität einer Region für qualifizierte Zuwanderer und diese wiederum die Voraussetzung für Prosperität. In "Verliererregionen" werde dieser Zusammenhang zu einer "Abwärtsspirale" führen: Die verminderte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte werde die Prosperität schwächen. Dies führe zu einer "unvollständigen" Integration der Migranten, was sich wiederum negativ auf die Attraktivität des Standorts auswirke. "Dieser Wirkungszusammenhang ist ein zentrales Ergebnis des Experten-Delphis", so Mauch.

Zuwanderungskommission der Bundesregierung innehatte, kritisierte auf der Veranstaltung im SWR-Funkhaus in Stuttgart das Hin und Her um ein Zuwanderungsgesetz. Dies könne sich Deutschland nicht leisten, erklärte sie. Dem CDU-Vorstoß, ein Integrationsgesetz vorzulegen, erteilte die ehemalige Bundestagspräsidentin eine Absage. Ein von der Frage der Zuwanderung losgelöstes Integrationsgesetz habe keine große Chance. "Migration und Integration gehören zusammen. Wenn die Frage der Zuwanderung nicht entschieden wird, wird man auch bei der Integration zu kurz springen", so Süssmuth.

Auf großes Interesse stieß bei den rund 120 Teilnehmern des Medienforums auch das Thema Spätaussiedler. Im Mittelpunkt stand dabei die Medienberichterstattung über diese Zuwanderergruppe. Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten in Deutschland, Jochen Welt, kritisierte in der Diskussion, die Medien würden das Thema Aussiedler "tendenziell negativ und insbesondere im regionalen und lokalen Bereich simplifizierend" behandeln. "Die Berichterstattung ist überdies häufig polarisierend und schablonenhaft. Es fehlen faire Positivbilder aus der Alltagswirklichkeit".

Lob erhielt dagegen das neue Hörfunkangebot des SWR. Die Justizministerin und Ausländerbeauftragte der Landesregierung, Corinna Werwig-Hertneck, erklärte, die Sendung von SWR International mit Themen und Beiträgen für Einheimische wie Zuwanderer käme sehr gut an. Auch das neue Internetangebot in zehn Sprachen finde großen Anklang. Auch wenn es anfangs große Bedenken und Kritik an der Entscheidung des SWR gegeben habe, die muttersprachlichen Sendungen einzustellen, sei das neu entwickelte Programm "ein großer Erfolg und ein echter Beitrag zur Integration von Zuwanderern in den Medien." Zum "Wissenschaftsforum Migration und Integration Baden-Württemberg", das im Rahmen des Medienforums seine zweite Tagung abhielt, erklärte Werwig-Hertneck, man stehe mit diesem bundesweit einmaligen Zusammenschluss von Wissenschaftlern und anderen Fachleuten inhaltlich wie strukturell erst am Anfang. "Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam die Etablierung und fachliche Nutzbarmachung dieser wichtigen Einrichtung erreichen werden." Das Wissenschaftsforum wurde auf Anregung des Leiters der Redaktion

Braun, als Gemeinschaftsprojekt von SWR International und der Ausländerbeauftragten 2002 gegründet. Ziel ist es, den Austausch zwischen Wissenschaftlern, die im Bereich Migration forschen, zu fördern und ihre Ergebnisse für die Politik zu erschließen.

Als Konsequenz aus dem immer vielfältigeren Angebot der ARD-Hörfunkanstalten für und über Migranten sollen diese mit Hilfe des Internets stärker vernetzt werden. Dies kündigten Vertreter der ARD an. Michael Plöger, Leiter für zentrale Aufgaben Hörfunk beim NDR, erklärte, dass die inzwischen üblichen Übertragungstechniken über Satellit, Internet und Kabel den Zugang der Hörer zu diesen zielgruppenorientierten Serviceangeboten immens erleichtern. So bietet SWR International mit seinen mehrsprachigen Internetseiten ein umfangreiches Angebotspaket für und über Migranten an.

mai 2003

Süssmuth leitet Zuwanderungsrat

Gremium hat sich konstituiert - Union kritisiert die Vorsitzende

von Martin Lutz

Nürnberg - Im Streit um das Zuwanderungsgesetz rechnet Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) bis zum Spätherbst mit einer Einigung. Sein Optimismus hat einen Grund: Rita Süssmuth. Die CDU-Politikerin übernahm gestern den Vorsitz des von Schily eingesetzten "Zuwanderungsrats", der seine konstituierende Sitzung im Nürnberger Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge abhielt. Süssmuth erhält dort ein Büro und eine pauschale jährliche Entschädigung.

Durch die Berufung Süssmuths, die bereits die Zuwanderungskommission der Bundesregierung geleitet hatte, will Schily eine Brücke in Richtung Union bauen. Ob Süssmuth die Idealbesetzung ist, um einen tragfähigen Kompromiss mit Rot-Grün einzufädeln, wird in der Union allerdings bezweifelt. "Süssmuths Berufung ist nur aus Schilys Sicht ein geschickter Schachzug. Nach unserer Auffassung macht sie seit Jahren rot-grüne Zuwanderungspolitik", sagte Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach der WELT.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) warf Schily vor, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesrats zu missachten. Offenbar wolle die Bundesregierung mit dem Zuwanderungsrat hinsichtlich der im rot-grünen Gesetz angelegten "massiven Ausweitung der Zuwanderung vollendete Tatsachen schaffen". Denn das Expertengremium solle auch Aussagen zum Erfordernis der Zuwanderung unabhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt treffen.

Süssmuth kündigte demgegenüber an, der Zuwanderungsrat wolle die Bevölkerung informieren sowie Verunsicherung und Desinformation verringern. Schily zeigte sich zuversichtlich, dass der Zuwanderungsrat die öffentliche Debatte "versachlichen" werde. Er appellierte an die Opposition, sich nicht von Vorurteilen leiten zu lassen: "Dann können wir uns einigen". Ein Integrationsgesetz, das die Union will, lehnte er ab.

Der mit den "fünf Wirtschaftsweisen" vergleichbare Zuwanderungsrat soll durch ein alljährlich im Juni veröffentlichtes Gutachten prüfen, wie viele Zuwanderer Deutschland jeweils aktuell verkraften kann.

Artikel erschienen am 27. Mai 2003

mai 2002

EU-Länder brauchen mehr Einwanderer

KNA **Brüssel** - Die Überalterung der EU-Bevölkerung kann durch verstärkte Einwanderung nicht ausgeglichen werden. Selbst bei doppelt so hohen Einwanderungsraten und doppelt so hohen Geburtenraten wie zur Zeit könnten keine nachhaltigen Verbesserungen für die Arbeitsmärkte und Alterssicherungssysteme bis 2050 erreicht werden, heißt es in einem gestern in Brüssel vorgelegten Bericht, den die EU-Kommission zur sozialen Lage erarbeitet hat.

Die zuständige griechische EU-Kommissarin Anna Diamantopoulou rief die 15 EU-Mitgliedstaaten auf, «radikale Reformen» beim Arbeitsmarkt und bei den Altersversorgungssystemen vorzunehmen. Nötig seien unter anderem eine stärkere Einbeziehung von Frauen und älteren Menschen in den Arbeitsmarkt. Die EU-Kommission will im Dezember eine Analyse der bisherigen Reformen der Alterssicherungssysteme in den EU-Staaten vorlegen. Bis September müssen die Mitgliedsländer über ihre Fortschritte in diesem Bereich berichten.

In der Europäischen Union leben laut Bericht derzeit etwa 19 Millionen Ausländer, rund 5,1 Prozent der Bevölkerung. Österreich mit neun und Deutschland mit sieben Prozent haben dabei den höchsten Anteil von Drittstaatenangehörigen. Der Anteil von Nicht-EU-Ausländern in der Gemeinschaft hat sich seit 1985 von 2,3 auf 3,5 Prozent erhöht. Wegen der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in der EU könne aber Zuwanderung selbst bei günstigsten Prognosen für die Geburtenzahlen die sozialen Probleme nicht ausgleichen. Zwar könnten dadurch spezifische Lücken auf dem Arbeitsmarkt gefüllt, der Überalterungsprozess aber keineswegs gestoppt werden.

Der Bericht fordert Maßnahmen zur Integration der in der EU lebenden Ausländer. Ihre Akzeptanz hänge von Status und Herkunft der Neuankömmlinge ab. Menschen aus muslimischen Ländern oder aus Osteuropa, die in Europa arbeiten wollten, würden nur von einem Sechstel bis einem Fünftel der EU-Bürger ohne Einschränkungen akzeptiert. Umgekehrt lehnten ein Siebtel bis ein Sechstel der EU-Bürger deren Akzeptanz grundsätzlich ab. Eine positivere Haltung gebe es nur gegenüber politisch Verfolgten. Gemessen pro Kopf der Bevölkerung gibt es inzwischen die meisten Asylanträge in Belgien, Österreich und den Niederlanden.

12.2002

Welches Deutschland wollen wir?

Von Torsten Krauel

Wenige Tage nach dem EU-Beschluss, der Türkei die Tür nach Europa weit zu öffnen, ist das Zuwanderungsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht vorläufig gescheitert. Der Zeitpunkt ist reiner Zufall, juristisch hat beides nichts miteinander zu tun. Politisch aber sind die Themen miteinander verzahnt. Welches Europa wollen wir, fragen die Türkei-Skeptiker. Seit dem Karlsruhe Richterspruch kann man auch noch einmal fragen: Welches Deutschland wollen wir?

Konsensfähige Antworten sollten in beiden Fällen über die Tagespolitik hinausreichen. Der Aufschub des Zuwanderungsgesetzes bietet den Parteien die Chance, ihre originäre Aufgabe noch einmal wahrzunehmen und sich exakt über diese Frage zu verständigen: Welches Deutschland wollen wir? Bei der technischen Seite der Zuwanderung liegen die Parteien nicht allzu weit auseinander. Auch wenn Roland Koch und Edmund Stoiber jetzt wahlkampfbedingt den Ton verschärfen. Die Vorstellungen liegen aber vermutlich ziemlich weit auseinander, wenn es um die erwünschte Lebenswirklichkeit des Zuwanderungslandes Deutschland in ein oder zwei Generationen geht - oder, auch: der Zuwanderungsregion Europa.

Vermutlich weit auseinander? Eben das wüsste man gerne. Zuwanderer seien eine Bereicherung, sagen die Befürworter. Zuwanderer würden gebraucht - wegen des globalen Wettbewerbs der High-Tech-Branchen, wegen der Stabilität der Sozialsysteme. Kritiker monieren eine «Zuwanderung in die Sozialsysteme», eine sich verschärfende Arbeitsmarktlage, sehr zaghaft auch kulturelle Unterschiede. Bis auf letzteres weichen solche Argumente der Frage aus, wie das Land einmal aussehen soll. Deutschland werde durch Zuwanderer reicher, aber nicht anders - so ungefähr sagt es heute die Politik. Ohne Häme formuliert: Das ist genauso realistisch wie die frühere Behauptung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Jeder sah, dass es dies war; und jeder sieht heute, dass das Land sich durch Zuwanderung ändert - zum Positiven und zum Negativen.

Zuwanderer, so versprechen es alle Parteien, werden künftig integriert. Sie werden Deutsche. Alles bleibt wie es ist, nur mit anderen Hautfarben. Die politische Frage aber ist: Integriert in was? Wie soll das Subjekt-Objekt «Deutschland» aussehen, das Zuwanderer in sich selbst integrieren will? Reicht es aus, das Grundgesetz auf deutsch lesen zu können? Gehört gemeinsame Verantwortung für die Geschichte dazu? Müssen Zuwanderer sich als Berliner oder Bayern fühlen, um die Realität des Grundgesetzes zu erfassen? Begeht das künftig erwünschte Deutschland gleichermaßen moslemische und christliche Feiertage? Oder soll es das nicht tun? Wie also soll unser Zuwanderungs-Land einmal aussehen, damit wir sicher sein können, es bleibe geistig offen, und stabil?

Wir brauchen diese Debatte, wenn Deutschland von den Folgen der Zuwanderung nicht eines Tages überrascht werden will.